



FUSSPFLEGE

Knabbern ausdrücklich erlaubt

Das erste Kölner Fish Spa eröffnet heute in Holweide. Wer möchte, kann sich dann in einem mit rund 80 winzigen Knabberfischen gefüllten Becken die Füße pflegen lassen. Die Betreiber müssen strenge Tierschutz-Auflagen der Stadt erfüllen Seite 27

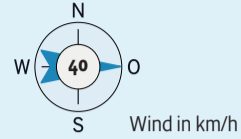
Köln



15°

DAS KÖLN-WETTER

Regenschauer
Minimum der kommenden Nacht: 7°



Kleingärtner gegen Wohnungsbaupläne

PROTEST Überall in der Stadt formieren sich Initiativen gegen Verwaltungsvorschläge – Demonstration in Nippes

VON HELMUT FRANGENBERG

Ein Bagger räumt Bienen, Fuchs und ein spielendes Kind vom grünen Rasen. Köln wird grau statt grün. Sue Appleton, Web-Designerin und Nippeser Kleingärtnerin, ist nicht zimperlich bei der Motivwahl zum Bürgerprotest. Barbara Burg, Sprecherin der gerade gegründeten Bürgerinitiative „Grüne Lunge Köln“, macht Stimmung mit der Erinnerung an die legendäre „Nippeser Baggerwehr“, die in den 1970er Jahren erfolgreich gegen den Ausbau der Inneren Kanalstraße zu einer Stadtautobahn gekämpft hat. Rund dreißig Kleingärtner demonstrieren mit ihrem Applaus stellvertretend für über 600 Mitglieder des Vereins „Flora“ ihre Kampfbereitschaft gegen die Planer in der Stadtverwaltung.

„Wir sind die grüne Lunge für Nippes und das Agnesviertel“, sagt Burg über die Kleingartenanlage zwischen Nippeser Sechzig-

„Es gibt keine einzige Fläche, die einfach ist. Irgendjemandem tut es immer weh“

Christiane Jäger

viertel und Innerer Kanalstraße. Martin Turck vom Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz sagt einen Satz, der den Kern des Problems beschreibt: „Weil die Stadt wächst, kann man sich nicht leisten, Grünflächen wegzunehmen.“ Das klingt nach logischer Konsequenz, ist aber ein Widerspruch. Wie die Stadt wachsen kann, ohne Flächen zu verbrauchen, bleibt an diesem Vormittag in dem herrlichen Kleingarten-Paradies mitten in der Stadt sein Geheimnis.

Seitdem die Stadtverwaltung die Ergebnisse ihrer „Flächenrecherche für weiteren Wohnungsneubau“ zur politischen Beratung vorgelegt hat, formiert sich überall



Bürgerprotest im Kleingarten: Die Anlage des Vereins „Flora“ grenzt an die Wohnbebauung des Sechzigviertels. Der Plan, an die Brandmauern neue Häuser anschließen zu lassen, liegt nahe. Doch dafür müssten die Gärten weichen. Fotos: Thomas Banneyer

Gegenwehr. „Es gibt keine einzige Fläche, die einfach ist“, sagt Christiane Jäger vom federführenden Amt für Stadtentwicklung. „Irgendjemandem tut es immer weh.“ Flächen für 37 000 Wohnungen hat die Stadt ausgemacht, auf denen in den nächsten 13 Jahren gebaut werden könnte. Ein Jahr lang sei in jedem Einzelfall das Für und Wider abgewogen worden. So seien nicht nur Eignung und Anbindung für den Wohnungsbau geprüft worden. Auch andere Interessen wie der Erhalt von Grünflächen oder Gewerbegebieten wurden berücksichtigt, so Jäger. Ihr ist aber auch wichtig zu sagen: Die im „Stadtentwicklungskonzept“ benannten Flächen seien Vorschläge. Beschlossen ist noch nichts.

Die Nippeser Kleingärtner können, wie es scheint, gute Argumente gegen die Bebauung nennen. Nippes und die nördliche Innenstadt haben viele Einwohner, aber nur wenig Grün-

flächen. Dass der Innere Grüngürtel unter Denkmalschutz steht, ist ebenso ein guter Grund wie die Förderung des sozialen Miteinanders und des Naturschutzes. Hinzu kommen Hunderte betroffene Wähler, die wenig Interesse haben, demnächst auf neue Häuserwände zu schauen. Der Nippeser Bezirksbürgermeister Bernd Schößler hat die Kleingartenanlage bereits zum „No Go Stand-



Sue Appleton zeigt ihr Kampagnenmotiv.

ort“ erklärt. Die Antwort auf die Frage, wo denn gebaut werden kann, fällt schwerer als das klare „Nein“ im Einzelfall. Im Rathaus hat man die Bezirksvertretungen aufgefordert, Alternativen zu benennen, wenn sie etwas ablehnen wollen. Das ist in Nippes oder der Innenstadt schwerer als im Kölner Norden oder Süden.

Die einzelnen Initiativen wollen sich vernetzen. Das hilft dem Protest, macht die Abwägung im Einzelfall aber noch komplizierter. Für kommenden Samstag haben Ehrenfelder Gärtner zum Protest gegen die Bebauung von gleich allen 76 vorgeschlagenen Freiflächen aufgerufen. Nicht nur im Nippeser Kleingartenverein „Flora“ beansprucht man „grüne Lunge“ zu sein. In Weidenpesch hat sich die Initiative „Grüne Lunge Rennbahn“ reaktiviert, die vor acht Jahren Wohnhäuser an der Niehler Straße verhinderte und nun den Kampf wieder aufnimmt.

An mancher Stelle scheint der Bürgerprotest den Blick aufs Ganze völlig aus den Augen verloren

zu haben: So protestieren in Porz-Lind Bürger gegen den Plan der Stadt, in einem Neubaugebiet durch einige dreigeschossige Häuser statt 100 nun 120 Wohnungen zu ermöglichen. Außerdem möchten die Bürger eine Hundewiese erhalten, auf der eine Grundschule gebaut werden soll.

Die Lokalpolitik steht vor der schweren Aufgabe, jedes Einzelinteresse mit den Belangen der ganzen Stadt abzuwägen. Die bekannten Bürgerbeteiligungsverfahren helfen da nur begrenzt weiter: Es beteiligen sich fast nur jene, die am Ort des Geschehens wohnen. Diejenigen, die von neuen Wohnungen profitieren, sind in der Regel nicht dabei. Der Ausweg könne nur in „größtmöglicher Transparenz“ liegen, so die stellvertretende Amtsleiterin Jäger. Die Stadt müsse „neue Kommunikationsformate“ entwickeln. Die große Herausforderung liege darin, „die Kritik aufzunehmen, aber dann auch erklären zu können, warum man etwas trotzdem macht“.

> Kommentar

KOMMENTAR

Zur Diskussion um den Wohnungsbau

Ohne Flächen geht es nicht

HELMUT.FRANGENBERG@DUMONT.DE

Die Diskussion um den Wohnungsbau wird zum Musterbeispiel für das Dilemma kommunaler Politik: Jeder, der für den Erhalt einer kostbaren Freifläche in der Stadt kämpft, hat gute Gründe dafür. Und trotzdem gibt es gesamtstädtisches Interesse, das vor Ort wenig Gewicht hat, tatsächlich aber für die weitere Entwicklung Kölns überlebenswichtig ist. Der Wohnraum reicht nicht. Die Knappheit treibt die Preise und zerstört die Mischung in beliebten Stadtteilen, weil hier nur noch Gutverdiener leben. Man kann über jeden Einzelfall streiten. Und es gibt sicherlich Vorschläge, bei denen man sich zu Recht fragt, wie sie auf die Liste gekommen sind – wie im Falle der Nippeser Kleingartenanlage „Flora“. Klar ist aber auch: Ohne Flächenverbrauch geht es nicht. Die Vorschlagsliste der Verwaltung geht dabei eher zurückhaltend vor. Sie belegt eine recht sorgfältige Abwägung. Vor allem gelingt es, die „Lasten“ im ganzen Stadtgebiet zu verteilen. Hilfreich wäre, wenn sie den Bürgern etwas präziser die Kriterien erläutern würde, warum ein Areal auf der Liste steht und ein anderes wie etwa die Bebauung der Brühler Landstraße nicht. Ohne Transparenz gibt es keine Akzeptanz.



VON HELMUT FRANGENBERG

Überhaupt nicht hilfreich sind dagegen Versuche, Tabus aufrecht zu erhalten oder neue aufzubauen. Das gilt für Denkmalpfleger und Naturschützer, die das gleich mit allen Grünflächen versuchen. Und auch CDU und Grüne haben in ihrem Bündnisvertrag schon mal ohne Not alle ehemaligen Friedhöfsflächen ausgeklammert.

Bewährungsstrafen für die Raser vom Auenweg

URTEIL Zwei junge Männer wegen fahrlässiger Tötung verurteilt – Richter sehen Rennen als erwiesen an

VON TIM STINAUER

Bevor die Verteidiger der beiden so genannten Todesraser vom Auenweg zu ihren Plädoyers ansetzen, meldet sich die Mutter der getöteten Miriam S. (19) noch einmal zu Wort. Marita S. hält zwei große Fotos in die Höhe: eines zeigt ihre Tochter vor dem Unfall, das andere kurz vor ihrem Tod im Krankenhaus, bewusstlos, angeschlossen an Plastikschläuche.

„Ich möchte, dass Sie sich das angucken“, sagt die Mutter an die beiden Angeklagten (22, 23) gewandt. Firat M. schaut sich die Bilder an, regungslos. Erkan F. blickt zur Seite. „Das gilt auch für Sie“, sagt Marita S. Erkan F. hebt den Kopf, schaut für einen Moment hoch, den Tränen nahe. Dann sieht er wieder weg.

Als der Richter nach einer langen Beratungspause am Nachmittag das Urteil verkündet, haben die Eltern der 19-Jährigen sichtbar Mühe, ihren Unmut zu verbergen. Erkan F., der mit seinem tiefer gelegten und nicht verkehrssicheren BMW bei Tempo 98 aus einer Kurve getragen und gegen die Radfaherin geschleudert war, erhält zwei Jahre Gefängnis auf Bewährung.

Je 150 Sozialstunden

Sein Kumpel Firat M., der Erkan F. „Stoßstange an Stoßstange“ im Mercedes seines Vaters gefolgt war, ein Jahr und neun Monate auf Bewährung. Beide müssen je 150 Sozialstunden leisten und kriegen frühestens in dreieinhalb Jahren ihren Führerschein zurück. Zuvor hatte die Staatsanwaltschaft drei Jahre Haft für Erkan F.

und zwei Jahre Haft zur Bewährung für Firat M. gefordert. Der Anwalt der Familie S., die als Nebenkläger auftrat, hatte auf drei Jahre Gefängnis für beide plädiert.

Nun also die Bewährungsstrafen, die der Richter in seiner Urteilsbegründung als „relativ hoch“ beschrieb. „Ich weiß, weil ich auch die Presse verfolge, dass das oft nicht verstanden wird“, fügte er hinzu, „aber es ist so.“ Der Strafrahmen reiche von einer Geldstrafe bis hin zu fünf Jahren Gefängnis und decke alles ab – von geringsten Verstößen bis hin zum Fall des Fahrdienstleiters der Deutschen Bahn, der mutmaßlich durch ein Handyspiel abgelenkt war und vor zwei Monaten bei Bad Aibling einen Zusammenstoß zweier Züge mit zwölf Toten verursacht haben soll. Die beiden „Raser vom Auen-

weg“ seien zudem nicht (Firat M.) oder nur geringfügig (Erkan F.) vorbestraft, lebten in geordneten Verhältnissen, Erkan F. habe glaubhaft Reue gezeigt, beide sei-



Blumen an der Unfallstelle am Auenweg

en durch das hohe mediale Interesse stark beeinträchtigt. An die Eltern der getöteten Studentin gewandt sagte der Richter, ihnen gebühre Respekt und Anerkennung



Firat M. am Donnerstag im Gerichtssaal Fotos: Krasniqi

dafür, dass sie sich „engagiert“ in den Prozess eingebracht hätten. „Sie haben sich nicht geschont.“ Kein Strafverfahren könne das Geschehen „so aufarbeiten, dass man Ihnen gerecht werden könnte“.

Zwar sah das Gericht als erwiesen an, dass die beiden jungen Männer sich am 14. April vorigen Jahres – das Urteil am Donnerstag fiel auf den Tag genau ein Jahr später – ein Rennen geliefert hätten. Es sei jedoch nicht bewiesen, dass sie der Raserszene angehörten – sofern es eine solche in Köln denn überhaupt gebe. Dass Firat M. sich nach dem Unfall laut Zeugen mehr Sorgen um seine Felgen als um Miriam S. machte, könne zwar unter moralischen Aspekten gewertet werden, so der Richter. Aus juristischer Sicht fiele dieses Verhalten aber nicht ins Gewicht.